

## Aide-mémoire von Konrad Adenauer an die Alliierte Hohe Kommission (16. November 1950)

**Legende:** Am 16. November 1950 richtet der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer ein geheimes Aide-mémoire an die Hohen Alliierten Kommissare in Deutschland, in dem er eine Änderung des Besatzungsstatuts fordert, so dass die deutsche Bevölkerung ihren Teil zur Verteidigung Europas beitragen kann.

**Quelle:** LAPPENKÜPER, Ulrich. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949-1963 [hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und dem Institut für Zeitgeschichte]. MÖLLER, Horst; HILDEBRAND, Klaus (Hrsg.). Band I: Aussenpolitik und Diplomatie. München: Saur, 1996-1999. 1002 S. ISBN 3-598-23681-6. p. 86-88.

Politisches Archiv, Bonn/Berlin, Auswärtiges Amt. Abt. 2. Tome 269. 103-105.

**Urheberrecht:** (c) by K.G. Saur Verlag, München

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/aide\\_memoire\\_von\\_konrad\\_adenauer\\_an\\_die\\_alliierte\\_hohe\\_kommission\\_16\\_november\\_1950-de-35028111-b378-40e1-a16d-e7dce3623af2.html](http://www.cvce.eu/obj/aide_memoire_von_konrad_adenauer_an_die_alliierte_hohe_kommission_16_november_1950-de-35028111-b378-40e1-a16d-e7dce3623af2.html)

**Publication date:** 14/05/2013

## Bundeskanzler Adenauer an Alliierte Hohe Kommission (16. November 1950)

Wenngleich ich der Auffassung bin, daß im Deutschen Bundestag eine Mehrheit für die Leistung eines Beitrages zur Verteidigung Europas finden wird, so zeigen doch der Erfolg der Agitation der sozialdemokratischen Partei, die Rundfunkkommentare, Zeitungsäußerungen - auch von angeblich neutralen Blättern, daß der Gedanke der Leistung eines Beitrages und der Übernahme von Verpflichtungen im Deutschen Volke nicht so aufgenommen wird, wie er aufgenommen werden müßte. Um die zögernde Haltung der deutschen Bevölkerung zu überwinden, wird es notwendig sein, sie davon zu überzeugen, daß die Bundesrepublik Deutschland frei ist oder wenigstens die Aussicht besteht, bald völlige Freiheit für sie zu erlangen, daß es sich deshalb lohnt, Opfer zu bringen. Die psychologische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung bitte ich dringend, durch entsprechende Schritte der Besatzungsmächte zu erleichtern. Die Situation in der Welt hat sich seit der New Yorker Außenministerkonferenz im September so außerordentlich schnell zugespitzt, daß nach meiner Meinung großzügige Handlungen der Westalliierten gegenüber Deutschland, Handlungen, die für jeden verständlich sind, schnellsten erfolgen müssen. Es wird sonst sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein, die deutsche Bevölkerung zur freiwilligen Mitarbeit an der Verteidigung Europas auch innerlich zu gewinnen.

Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit besonders auf folgende Probleme zu lenken:

### I. Revision des Besatzungsstatuts.

Aus den mir bisher zugegangenen Informationen kann entnommen werden, daß nur beabsichtigt ist, die alliierten Kontrollen in einigen Punkten abzuschaffen oder zu erleichtern, während an dem bisherigen System der alliierten Herrschaft grundsätzlich festgehalten wird. Eine derartige Revision des Besatzungsstatuts halte ich unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr für ausreichend. Ich darf mein Memorandum vom 29. August 1950 in Erinnerung bringen, in dem ich es als notwendig bezeichnet habe, „daß die Beziehungen Deutschlands zu den Besatzungsmächten auf neue Grundlagen gestellt und daß sie fortschreitend durch ein System vertraglicher Abmachungen geregelt werden“. Die baldige Verwirklichung dieses Vorschlages halte ich für erforderlich.

### II. Besatzungslasten.

Die Frage der Höhe der Besatzungslasten und des deutschen Kostenbeitrags zur gemeinsamen Verteidigung bedarf sorgfältiger Prüfung. Der Gesamtumfang der deutschen Belastung muß unter Berücksichtigung der besonderen sozialen Aufgaben festgelegt werden - Frage der Ostvertriebenen, Beseitigung der schwersten Kriegsschäden -, die der Bundesrepublik zugefallen sind. Präsident Truman hat in seiner Rede vom 17. Oktober 1950 in San Franzisko auf die Wechselwirkung von äußerer Stärke und innerer sozialer Sicherheit hingewiesen. Er sagte: „Wir sind stark auf Grund unseres sozialen Sicherheitssystems.“ Äußere und innere Stärke und Sicherheit lassen sich in der Tat nicht voneinander trennen. Wenn die Bundesregierung gezwungen sein würde, auf Grund der Kosten für die Besatzung und für die Verteidigung Europas ihre sozialen Leistungen trotz Steuererhöhungen herabzusetzen, würde die innere Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet und damit der Wille zur Verteidigung herabgemindert werden. Die Bundesregierung ist bereit, ihre Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung der sozialen Aufgaben durch unabhängige neutrale Sachverständige nachprüfen zu lassen.

### III. Einzelfragen.

Die Regelung folgender Einzelfragen erscheint sehr dringend:

a) auf dem Gebiete der Wirtschaft:

1. Sofortige Einstellung aller Demontagen, insbesondere in Watenstedt-Salzgitter, Töging sowie bei dem Dortmund Hörder-Hüttenverein (10.000 t Schmiedepresse).
2. Wesentliche Erleichterungen auf dem Gebiet der verbotenen und beschränkten Industrien, insbesondere Freigabe des Schiffbaus für deutsche Reedereien, Zulassung des Fischer-Tropsch-Verfahrens, Produktionsgenehmigung für die Chemischen Werke Bergkamen.

3. Mitwirkung der Bundesregierung bei allen Fragen der Entflechtung und Dekartellisierung.
4. Erleichterung der wissenschaftlichen Forschung, die auf vielen Gebieten noch beschränkt ist, Produktionssteigerungen würden dadurch sehr erleichtert werden.
5. Baldige Bereinigung der Restitutionsfrage.

b) auf dem Gebiete des Rechtswesens:

1. Einstellung der Auslieferung von Deutschen an das Ausland, da sie mit Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes unvereinbar ist.
2. Einstellung oder schnellstmögliche Beendigung alle Kriegsverbrecherprozesse.

Umwandlung aller noch nicht vollstreckten Todesurteile in Freiheitsstrafen, da nach Artikel 102 des Grundgesetzes die Todesstrafe abgeschafft ist.

Möglichst umfassende Gnadenerweise für die zu Freiheitsstrafen Verurteilten, auch für die im Ausland ihre Strafen Verbüßenden.

3. Volle Wiederherstellung der deutschen Justizhoheit.

In Deutschland wohnende Personen sollten grundsätzlich der deutschen Gerichtsbarkeit unterstehen und Ausnahmen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

4. Wiederherstellung der Rechtslage auf dem Gebiete des Rundfunkwesens, wie sie etwa bis 1933 bestanden hat.

Bei einer derartigen Zuspitzung der außen- und innenpolitischen Lage, wie es augenblicklich der Fall ist, erscheint es nicht zweckmäßig, daß das Propagandamonopol des Rundfunks allein in die Hand von Persönlichkeiten gelegt ist, die gegenüber dem Parlament und der Regierung keine Verantwortung haben.

[Adenauer]

[PA, Abt. 2, Bd. 269, Bl. 103-105]